

1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

1.1 Unternehmensangaben Bieter

Name	
Anschrift (Str., Hausnr.; PLZ, Ort):	
Website	
Rechtsform	
Gründungsdatum	
Tochtergesellschaften	
Eintragung Handels-/Berufsregister	Handelsregister: _____ Handelsregisternummer: _____ <i>alternativ</i> Berufsregister: _____ Berufsregisternummer: _____ <i>alternativ</i> vergleichbare Angabe nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist: _____ _____ _____
Ansprechpartner einschließlich Angabe der Position:	
Telefonnummer Ansprechpartner:	
E-Mail-Adresse Ansprechpartner:	

HINWEIS: Ein aktueller Handelsregistrauszug (nicht älter als sechs Monate) kann vorgelegt werden.

Bitte fügen Sie ein Organigramm der Unternehmensstruktur sowie eine Auflistung Ihrer Produktpalette bzw. Leistungen dieser Eigenerklärung bei. Die Darstellung sollte nicht mehr als eine Seite umfassen.

1.2 Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB sowie § 124 GWB

§ 123 GWB	Eine rechtskräftige Verurteilung wegen:	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 6.	§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 7	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 8	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder	☐	☐
Abs. 1 Nr. 10.	den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).	☐	☐

Anlage 1: Erklärung zur Eignung

Vergabe von Dienstleistungen für eine/n externe/n Datenschutzbeauftragte/n

§ 123 GWB	Eine rechtskräftige Verurteilung wegen:	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 4 Nr. 1	das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder	☐	☐
Abs. 4 Nr. 2	die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.	☐	☐
§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, wenn	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 6	eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,	☐	☐

Anlage 1: Erklärung zur Eignung

Vergabe von Dienstleistungen für eine/n externe/n Datenschutzbeauftragte/n

§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, wenn	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 7	das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 8	das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	☐	☐
Abs. 2 Alt. 1	nach § 21 AentG das Unternehmen wegen eines Verstoßes gegen die in § 23 AentG genannten Bußvorschriften mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500€ belegt worden ist,	☐	☐
Abs. 2 Alt. 2	nach § 98c AufenthG, das Unternehmen oder ein satzungsmäßiger oder gesetzlicher Vertretungsberechtigter gemäß § 404 Abs.2 Nr.3 SGB III mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500€ rechtskräftig belegt worden ist oder nach den §§ 10, 10a oder 11 SchwarzArbG zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist,	☐	☐
Abs. 2 Alt. 3	nach § 19 MiLoG das Unternehmen wegen eines Verstoßes gemäß § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500€ belegt worden ist,	☐	☐
Abs.2 Alt. 4	nach § 21 SchwarzArbG das Unternehmen, oder ein satzungsmäßiger oder ein gesetzlicher Vertretungsberechtigter nach § 8 Abs.1 Nr.2, §§ 9 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Abs.1 oder Abs.2 Nr.3 SGB III, §§ 15, 15a, 16 Abs.1 Nr. 1b oder 2 AÜG oder § 266a Abs.1 bis 4 StGB zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500€ belegt worden ist.	☐	☐

1.3 Erklärung über die ordnungsgemäße Gewerbeanmeldung, ggf. durch Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem Gewerberegister

Ich/Wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden und dass es im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

HINWEIS: Sofern eine Eintragung im Gewerberegister erfolgt ist, ist ein entsprechender aktueller Gewerberegisterauszug (nicht älter als drei Monate) vorzulegen.

2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

2.1 Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung

Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung: Die Mindesthaftungssumme je Schadensereignis beträgt für: • Personenschäden 2,0 Mio. € • Sachschäden 1,0 Mio. € • Vermögensschäden 100 Tsd.€. Die Ersatzleistung der Versicherung beträgt das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr.	Erklärung, auf welche Art der Nachweis erbracht wird (Zutreffendes bitte ankreuzen): ☐ Nachweis durch verbindliche Deckungsbestätigung liegt dem Angebot bei ☐ Rechtsverbindliche Erklärung über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall liegt dem Angebot bei (schriftliche Versicherungsbestätigung)
---	--

HINWEIS: Der Nachweis bzw. die Erklärung dürfen nicht älter als 12 Monate sein und müssen der Bewerbung beigelegt werden. Bewerbungsgemeinschaften müssen einen entsprechenden Nachweis bzw. eine Erklärung für die Bewerbungsgemeinschaft oder für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorlegen. Eine projektbezogene Aufstockung der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung mit den Bewerbungsunterlagen vorzulegen.

2.2 Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 33 Absatz 1 UVgO

Jahr	Gesamtumsatz in Euro
2022	
2023	
2024	

3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

3.1 Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Anzahl seiner Führungskräfte (Geschäftsführung, Bereichsleitung, Abteilungsleitung) in den letzten drei Jahren sowie das aktuelle Jahr ersichtlich ist

Jahr	Führungskräfte	Gesamt
2022		
2023		
2024		
aktuelle Situation		

3.2 Referenzen über früher ausgeführte Dienst- und Lieferleistungsaufträge in den letzten drei Jahren gemäß § 33 Absatz 1 UVgO

Wir benennen die folgenden vergleichbaren Referenzen:

Referenz 1	
Auftraggeber:	
Auftragsgegenstand:	
Ort der Leistungserbringung:	
Nach Möglichkeit: Ansprechpartner des Auftraggebers mit Kontaktdaten, insbesondere Telefonnummer:	
Auftragsvolumen brutto	

Referenz 2	
Auftraggeber:	
Auftragsgegenstand:	
Ort der Leistungserbringung:	
Nach Möglichkeit: Ansprechpartner des Auftraggebers mit Kontaktdaten, insbesondere Telefonnummer:	
Auftragsvolumen brutto	

4 Erklärung zur Richtigkeit der Angaben

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zur Eignung einschließlich aller Anlagen meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ich/Wir erklären mich/uns damit einverstanden, dass durch die Auftraggeberin zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls ergänzende Unterlagen angefordert werden können.

Des Weiteren bestätige/n ich/wir mit meiner/unserer Unterschrift, dass ich/wir die Unterlagen zur öffentlichen Ausschreibung einer vollständigen Überprüfung unterzogen habe/n und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Angebotswettbewerb erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann/können. Ich/Wir erkläre/n mich/uns mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden.

Ort, Datum	Firmenstempel und Unterschrift
--	---

Wird die Erklärung zur Eignung an dieser Stelle nicht unterschrieben, führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren. Darüber hinaus sind auch die Anlagen an den entsprechend gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben.